Ausgabe A

Preis 10 ₰

Hamburger Echo

Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Das Hamburger Echo erscheint täglich einmal, außer den 2. Feiertagen. Bezugspreis: Monatlich 2,90 Mk., ohne „Lachen links" 2,25 Mk. Wöchentlich 0,70 Mk., ohne „Lachen links" 0,55 Mk., für Abholer 0,65 Mk., ohne „Lachen links" 0,50 Mk. Auch durch die Post zu beziehen. Redaktion: Fehlandstraße 11, erster Stock. Fernsprecher: Elbe 1691 und 1698. Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona. Buchhandlung: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Fernsprecher: Elbe 1692. Buchdruckereikontor: Fehlandstr. 11, I. Stock. Fernspr.: Elbe 6620 u. 6621.

Anzeigenpreise verstehen sich in Reichsmark: die 13 gespaltene Nonpareillezeile 40 Pf. Private Familienanzeigen 25 Pf. Stellenangebote 30 Pf. Stellengesuche 25 Pf. Kleine Anzeigen bis 9 Zeilen die Zeile 25 Pf., 10 bis 15 Zeilen die Zeile 30 Pf. Reklamezeile 3 Mk. Anzeigen müssen im voraus oder sofort bezahlt werden. Anzeigenannahme Fehlandstr. 11 (Fernspr.: Elbe 1691), Hochpart. (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 3 Uhr) und in allen Annoncenbureaus. Platz- und Datenvorschriften unverbindlich.

Nummer 278 — Freitag, 8. Oktober 1926 — 52. Jahrgang

Seeckt entlassen!

Der Reichspräsident hat nachgegeben.

Bei Schluß der Redaktion trifft folgende Meldung ein:

WTB. Berlin, 8. Oktober. Der Reichspräsident hat das Rücktrittsgesuch des Generalobersten v. Seeckt genehmigt.

*

Die Hamburger Nachrichten und viele Blätter ihres Schlages entrüsten sich darüber, daß Herr von Seeckt über eine Bagatelle fallen solle. Sei nicht die Teilnahme eines Hohenzollernprinzen an den Reichswehrmanövern eine Lappalie, eine Affäre zweiten Grades, die niemand ernst zu nehmen habe? Die Tägliche Rundschau spricht von dem fanatischen Republikanertum, das besinnungslos und ohne Rücksicht auf innere und äußere Folgen sein Opfer fordere, obwohl das Opfer der Sache doch keineswegs angemessen sei. In diesem Zusammenhang ergeht sich die schwarz-weiß-rote Journalistik in wundervollen Ausführungen über das Ideal der Demokratie, das doch jedem sein Recht lasse, ob einer nun Prinz oder Arbeiter sei. Die Deutsche Tageszeitung findet es merkwürdig, daß die Republikanerpresse mit solcher Schroffheit gegen die Betätigung von Hohenzollernprinzen in der Reichswehr sei. Haben die Republikaner nicht unzählige Male den Fürsten und ihren Familien vorgeworfen, daß sie Nichtstuer und Faulenzer seien? Und nun, da ein Hohenzollernprinz die rühmliche Absicht zeige, sich ernsthafter Arbeit zu unterziehen, da schlägt dieses gleiche Republikanertum los und weiß sich vor Entrüstung nicht zu halten.

Muß man die Unverschämtheit, die in solcher Berufung auf das Ideal der Demokratie liegt, noch besonders zurückweisen? Muß man sich mit Leuten auseinandersetzen, die die Demokratie erst dann beschwören, wenn es ihnen einmal an den Kragen gehen soll? Die deutsche Reaktion ist in der Berufung auf das Ideal der Demokratie geübt. Wir kennen das aus den Zeiten des Umsturzes, wir kennen das aus den ersten Kämpfen der Jahre 1919 und 1920. Wir gestehen mit Erbitterung und Scham, daß es Republikaner gegeben hat, die in entscheidenden Stunden, da die republikanische Macht noch ungeschwächt war, diesen Berufungen geglaubt haben. Heute wissen wir, was wir zu tun haben.

Diejenigen, die in Stunden der Not die Demokratie beschworen haben, haben sie in den Stunden der Macht geschmäht und verhöhnt.

Heute gilt für uns nur noch das Wort des unerbittlichen Robespierre: In der Republik sind nur die Republikaner Bürger. Auf die Demokratie kann sich nur der berufen, der die Demokratie will. Wer aber die Demokratie mit ihren eigenen Methoden zur Schwäche, zur Feigheit, zum Verrat verleiten will, den muß die Macht der Demokratie rücksichtslos und ohne jedes Bedenken zur Seite stoßen. Was die von den deutschnationalen Heulern und Heuchlern angeschnittene Frage angeht, so gibt es darauf nur eine Antwort: Monarchisten haben in der Reichswehr nichts zu suchen, auf keinen Fall und unter keinen Umständen.

Die Zeit für eine Machtprobe mit der unglaublichen Reichswehr der Herren Geßler und Seeckt muß endlich einmal gekommen sein. Wir denken nicht daran, zu verschweigen, daß der Fall eines Mannes wie Seeckt das Problem der Reichswehr nicht löst, sondern erst stellt. Und dabei ist zur Stunde noch nicht einmal der Fall Seeckt geklärt. Schon gestern wiesen wir darauf hin, daß zwischen dem Abschiedsgesuch des Herrn Generals und seiner Bewilligung anscheinend noch ein weiter Weg sei. Diese Befürchtungen haben sich bis zur Stunde durchaus bestätigt. Das Abschiedsgesuch des Herrn von Seeckt liegt seit vorgestern vor.

Bis heute morgen hat es der Herr Reichspräsident noch nicht für nötig gehalten, diesem Gesuche zu entsprechen.

Ganz zuverlässigen Meldungen zufolge scheint es Herr von Hindenburg darauf anzulegen, den Forderungen des Reichswehrministers, den Forderungen des gesamten Reichskabinetts, den Forderungen der unbestreitbaren Mehrheit des deutschen Volkes Widerstand entgegenzusetzen. Man scheint sich in Berlin sehr viel Zeit zu lassen mit Entscheidungen, die ganz Deutschland mit Ungeduld erwartet. Gewiß, der alte Herr Reichspräsident hat es im Augenblick nicht ganz leicht. Denn jetzt wird er mit der Entlassung des Herrn von Seeckt gezwungen sein, dem ganzen Hohenzollernpack eine klare, unzweideutige Abfuhr zu erteilen. Aber Amtspflicht ist Amtspflicht, und der Herr Präsident hat geschworen. Wir erwarten mit Bestimmtheit, daß Herr von Hindenburg sich baldigst entschließt. Er soll sich entschließen oder selbst gehen, ein Drittes gibt es nicht.

Der Fall des Herrn von Seeckt, der Fall des Hohenzollernsohnes in der Reichswehr — das sind alles nur Einzelfälle in dem gesamten System. Das gesamte System aber heißt Fememord und Schwarze Reichswehr, heißt Bürgerkriegsrüstung und antirepublikanische Aktion. Dennoch ist in diesem Zusammenhang noch ein Fall bemerkenswert: Da gibt es einen Koburger Erbprinzen, einen jungen Herrn mit dem wunderschönen Namen Johann Leopold von Sachsen Koburg-Gotha, der auch schon bei der Reichswehr gelandet ist. Das heißt, heute wird das wieder dementiert, und man meldet beschämt, daß der junge Herr erst angemeldet ist. Wir wissen ja inzwischen, was von solchen Dementis zu halten ist. Um es rund heraus zu sagen: ein Dementi von einer Reichswehrstelle wiegt bald genau so viel, wie eine amtlich verbreitete Nachricht aus der Nicolaischen Lügenzentrale während des Krieges. Die Dementis der Reichswehr haben die öffentliche Meinung systematisch irregeführt. Jetzt ist es Zeit, mit all dem einmal aufzuräumen.

Wozu haben wir eine Reichsmarine?

Diese Frage wird sich schon mancher gestellt haben, ohne daß er sie ausreichend beantworten konnte. Zum Kriegführen ist sie nun einmal auf keinen Fall geeignet, auch dann nicht, wenn die Herren Admiräle und ihre rührigen Untergebenen nur so darauf brennen sollten. Abgesehen davon, daß das Material veraltet ist (ein Umstand, dem eventuell abzuhelfen wäre), ist weder die Größenklasse noch die Bestückung derart, daß sie es nur mit einem halbwegs gerüsteten Gegner aufnehmen kann. Auch dürften die erfolgreichen Methoden der Reichswehr, sich mit Hilfe der Vaterländischen Verbände und der Schwarzen Reichswehr ein gehöriges Kontingent von Hilfstruppen aufzubauen, bei der Marine wenig fruchten. Eine schwarze Reichsmarine ist eben sehr schwer aufzuziehen. Also selbst für den Fall, daß man eine kriegerische Auseinandersetzung mit andern Staaten für notwendig und aussichtreich erachtet, muß man zugeben, daß die heutige Reichsmarine für solche Zwecke nicht in Frage kommt.

Nun ist dieser Tage eine merkwürdige Affäre in Gang gekommen, die die Frage nach dem Zweck unserer Reichsmarine aufs neue aufrollt. Jedenfalls sollte sie das tun. Die Sache liegt nämlich so: Wie wir bereits im unpolitischen Teil unseres Blattes berichtet haben, ist man in Berlin und Stettin einem riesigen Spritschmuggel auf die Spur gekommen, der von hervorragenden Berliner Kaufleuten betrieben wurde. Dieser Spritschmuggel wurde mit Hilfe mehrere Jachtfahrzeuge betrieben, die im Hafen von Stettin aus- und einfuhren. Es handelt sich da um eine kleinere Jacht, die abwechselnd die Namen „Inge" oder „Nixe" führte, und um ein größeres Schiff namens „Pelikan". Es ist natürlich die Frage aufgetaucht, wieso die Zollbehörden sich jahrelang über den ungeheuren Umfang dieser Affären haben täuschen können. Das Berliner Tageblatt bringt zur Beantwortung dieser Frage Aeußerungen Stettiner Behörden, die einmal die Schuld an der ungenügenden Ueberwachung der Seegrenze mit veralteten gesetzlichen Bestimmungen entschuldigen, zum andern aber den Mangel an Fahrzeugen und sonstiger Ausrüstung der Seepolizei hervorheben. Von anderer Seite erfahren wir hierzu, daß geplant ist, der Ausrüstung der Seepolizei mit neuen verbesserten Fahrzeugen und anderm Gerät durch entsprechende Anträge in den Parlamenten aufzuhelfen. Schöne Aussichten also für den Steuerzahler! Er wird wieder einmal blechen müssen. Aber da fragt man sich doch endlich, zu was man in Deutschland überhaupt eine Reichsmarine hat. Man behaupte doch ja nicht, daß mit großen Fahrzeugen eine Zollüberwachung nicht durchführbar wäre. Die Reichsmarine hat genügend kleine Fahrzeuge, Torpedoboote und kleine Kreuzer, und im weiteren Bauprogramm der Reichsmarine könnte auf diese wirklich praktische Notwendigkeit einmal Rücksicht genommen werden. Aber an eine derartig praktische Verwendung der Reichsmarine denkt offenbar kein Mensch. Die einzige Aufgabe, die der Marine eine praktische Bedeutung endlich einmal geben würde, wird der Zollpolizei überwiesen. Die Reichsmarine aber wird nach wie vor weiter nichts zu tun haben, als spazieren zu fahren und in der überflüssigsten Weise schwarz-weiß-rote Auslandsdemonstrationen zu veranstalten. Ob es nicht an der Zeit ist, mit diesem Zustand einmal Schluß zu machen?

Der Steuermannswechsel im preußischen Innenministerium.

Severings Abschied. / Grzesinskis Antritt.

Am Vormittage des 7. Oktober versammelten sich die Beamten, Angestellten und Arbeiter des preußischen Ministeriums des Innern in dem großen Festsaal des Ministeriums, um sich von dem scheidenden Minister Severing zu verabschieden. Namens der vollzählig versammelten Angehörigen des Hauses sprach Staatssekretär Dr. Meister das Bedauern über den Rücktritt des Ministers aus, wobei er das Vertrauen betonte, das sich Severing bei seinen Beamten erworben habe. Severing erwiderte mit einer längeren Dankrede, in der er unter anderm sagte: „Die Ruhepause, die ich mir durch meinen freiwilligen Entschluß schaffen will, soll in erster Linie dazu dienen, mir das Vertrauen in die andern wieder zu erwerben. Hoffentlich gelingt es mir. Ich habe die feste Absicht, recht bald wieder zu gesunden und die Kräfte, Kenntnisse und Erfahrungen, die ich im Ministerium des Innern gesammelt habe, dem Lande wieder nutzbar zu machen. Ich bin überzeugt, daß der Kurs, den das Ministerium des Innern in den letzten 6 Jahren genommen hatte, auch beibehalten werden muß. Der neue Herr Minister, mein Freund Grzesinski, ist von denselben Anschauungen beseelt, aus denen heraus ich mein Amt geführt habe. Ich wünsche ihm, der ja noch einige Jahre jünger ist als ich, daß er noch lange Steuermann sein wird."

Dann nahm Grzesinski selbst das Wort zu einer Ansprache, in der er seine Amtsauffassung scharf wie folgt umriß:

„Selbst aus den Kreisen des Volkes hervorgegangen, habe ich selbstverständlich großes Verständnis für die Plagen und Nöte der Arbeiter, Angestellten und Beamten und werde, soweit das in meiner Macht liegt und ich die Klagen für gerechtfertigt halte, versuchen, sie abzustellen. Ich stehe im Rahmen der mir zur Verfügung stehenden Zeit selbstverständlich auch jedem für seine Sorgen dort gern zur Verfügung. Ich wünsche auch, daß die Herren des Ministeriums des Innern, jetzt meiner Behörde, die selbst Vorgesetzte sind, das gleiche Verhalten gegenüber ihren unmittelbaren Untergebenen an den Tag legen. Im übrigen ist die Beamten- und Angestelltenvertretung ja das Sprachrohr der Beamten und Angestellten. Es ist ihrer Vertretung im weitesten Umfange Gehör und Gelegenheit zur Mitarbeit gegeben. Im Rahmen seiner Zuständigkeit führt jeder der Beamten seine Arbeiten selbständig. Im übrigen, und das möchte ich gleich bei meinem Amtsantritt sagen, **bin ich für die Führung der Geschäfte dem Lande und dem Parlament persönlich verantwortlich.** Das heißt, daß jeder einzelne Beamte und Angestellte und jeder einzelne überhaupt in dieser Behörde in seinem dienstlichen Tun sich bewußt sein muß, daß er **nichts tun darf, was meiner Ansicht und meinem Willen nicht entspricht.** Im Zweifelsfalle bitte ich, immer meine Entscheidung vorher einzuholen. Denn ich muß für jeden Beamten, für jeden Angestellten und für jeden Arbeiter eintreten und ihn in jeder Weise decken, der in dieser Hinsicht und so sein Amt ausübt und seine Tätigkeit auffaßt. Ich bin aber nicht in der Lage, Angehörige des Ministeriums wie Beamte, Angestellte und Arbeiter unterstellter Stellen im Lande draußen zu decken, die etwa glauben, Politik auf eigene Faust machen zu können."

Meine Aufgabe, so sagte der Minister noch, werde ich darin erblicken, dem Staat und dem deutschen Volke zu dienen, die Verfassung zu schützen und die Republik in ihren Institutionen und personell in jeder nur denkbar möglichen Weise zu festigen und im übrigen sozial vernünftig zu wirken.

Sozialdemokratischer Antrag zur Justizreform.

Die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtages hat zu dem Magdeburger Justizskandal des Untersuchungsrichters Kölling außer der bereits mitgeteilten Großen Anfrage noch folgenden Antrag eingebracht:

„Die Behandlung des Magdeburger Mordfalles Helling durch die zuständigen Justizorgane hat in der Bevölkerung das berechtigte die zuständigen Justizorgane hat in der Bevölkerung das berechtigte des Untersuchungsrichters und den geringen Rechten des Angeschuldigten eine große Rechtsunsicherheit für unschuldige Angeklagte besteht. Das Schicksal der Angeschuldigten Haas, Fischer, Reuter kann jederzeit auch jedem andern unschuldigen Staatsbürger widerfahren.

Wir beantragen daher: der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen:

1. Seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß bei der gesetzlichen Neuregelung des Strafprozesses über die Haftbeschwerde eines in Untersuchungshaft genommenen Angeschuldigten in mündlicher kontradiktorischer Verhandlung entschieden wird, daß ferner dem Angeschuldigten und seinem Verteidiger ein weitgehenes Recht auf Akteneinsicht zuerkannt wird;
2. eine Gesetzesvorlage dem Landtag vorzulegen, durch die das veraltete Disziplinargesetz für richterliche Beamte neugestaltet und namentlich die Oeffentlichkeit für die entscheidende Verweitgehendes Recht auf Akteneinsicht zuerkannt wird;
3. die Tätigkeit der mit der Mordsache Helling befaßten Richter und Staatsanwälte einer disziplinaren Nachprüfung auch unter dem Gesichtspunkte zu unterziehen, wie weit diese vorsätzlich oder fahrlässig die sachliche Aufklärung des Falles verzögert beziehungsweise nicht genügend gefördert haben."

Der Antrag dürfte mit der Großen Anfrage am Sonnabend zur Beratung kommen.

Verschärfung im englischen Bergarbeiterkampf.

Entschlossenheit und Erbitterung.

SPD. London, 7. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter lehnte am Donnerstag die Vorschläge der Regierung auf Schaffung eines nationalen Appellationsgerichtes für den Bergbau, das bekanntlich weder bei den Unternehmern noch im Lager der Regierung irgendwelch eFreunde besessen hat, mit einer 18fachen Majorität ab. Dann diskutierte die Konferenz eine außerordentlich weitgehende, von den Bergarbeitern von Südwales eingebrachte Entschließung, in der folgende Forderungen aufgestellt werden: Die mit Sicherungsarbeiten beschäftigten Arbeiter zurückzuziehen; einen Appell für die Sperre der ausländischen Kohleneinfuhr an die beteiligten Organisationen zu richten; einen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß zwecks Durchsetzung einer allgemeinen prozentualen Abgabe auf das Lohnabkommen sämtlicher organisierter Gewerkschafter.

Diese Resolution wurde schließlich mit der unerwartet großen Mehrheit von annähernd 600 000 gegen 200 000 Stimmen angenommen. Der Kampf ist damit, falls die Zurückziehung der mit Sicherungsarbeiten bschäftigten Arbeiter, die zum größeren Teil in einer eigenen Gewerkschaft organisiert sind, gelingt, in ein neues und außerordentlich verschärftes Stadium getreten. Eine dem Vertreter des Daily Herald am Donnerstag abend gegebene Erklärung des Sekretärs der Bergarbeiter Cook besagt, die im Bergarbeiterverband organisierten Massen hätten in dieser, unbeeinflußt von der Exekutive gefaßten Resolution, gezeigt, daß sie an das Schlagwort „kein Pfennig weniger Lohn und kein längerer Arbeitstag" noch heute glaubten und entschlossen seien, weiter gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit, Distriktslohnvereinbarungen und Herabsetzung der Löhne zu kämpfen.

Konservative Hetze gegen die Gewerkschaften.

London, 7. Oktober. Der am Donnerstag in Scarborough zusammengetretene Parteitag der konservativen Partei steht im Zeichen des Angriffes auf die Gewerkschaften. Nicht weniger als 12 Resolutionen beschäftigen sich mit der Einschränkung der Gewerkschaftsrechte. Eine dieser Resolutionen ist bereits angenommen, in der erklärt wird, daß

der gegenwärtige Stand der Gewerkschaftsbewegung eine „Bedrohung der Nation" darstelle.

Weiter wird gefordert, alle Streiks für ungesetzlich zu erklären, die ohne eine geheime Urabstimmung begonnen würden.

Andere Entschließungen richten sich gegen die angebliche Sowjetpropaganda. Der Rechtsradikale Locker Lampson erging sich in wilden Redensarten: Die Roten müßten aus England hinausgetrampelt werden. Krassin müsse entweder blechen oder machen, daß er fortkomme. Man müsse die Fesseln abschütteln und wieder ein freies Volk werden.

Poincaré gegen Thoiry.

Aus Paris wird uns geschrieben: Die Friedensklänge von Genf und Thoiry haben manche Leute besonders deshalb erschüttert, weil sie unter einer Ministerpräsidentschaft Poincaré erklungen sind. Daß ausgerechnet Poincaré eine beginnende deutsch-französische Annäherung decken sollte, schien vielen geradezu als ein Zeichen des Himmels. War nicht jetzt die Macht der Friedensidee, die sich sogar an reißenden Wölfen bewies, unwiderleglich bezeugt? Schon aber zeigt sich, daß der Jubel über den reuigen Sünder Poincaré etwas zu früh angestimmt wurde. Poincaré hat eine

äußerst geschickt geführte Sabotageaktion gegen das Werk von Thoiry

in Szene gesetzt. Er hat das getan, ohne daß auf den ersten Augenschein hin seine wahren Absichten erkenntlich gewesen wären. Erst jetzt ist es gelungen, seine neueste Perfidie zu entlarven. Die Sache liegt nämlich so: Poincaré war bekanntlich ein erbitterter Gegner jeder Auslandsanleihe, um den französischen Franken zu stabilisieren, und der ganze Vorstoß auf das letzte Kabinett Herriot beruhte auf dieser Gegnerschaft. Die notwendige Folge war, daß Briand mit Deutschland Verhandlungen aufnahm, um durch Austausch von Kompensationen die notwendigen Geldmittel für die Sanierung der französischen Finanzen zu erhalten. Plötzlich hat

Poincaré seinen Widerstand gegen die Ratifikation des Schuldenabkommens mit Amerika aufgegeben

und hat sich weiterhin bereiterklärt, eine amerikanische Anleihe aufzunehmen. Diese Bereitschaft, plötzlich aufgetaucht, wie sie ist, stellt nichts anderes als eine Aktion gegen Briand dar. Die von diesem angebahnten

Verhandlungen mit Deutschland sollen überflüssig gemacht werden.

Frankreich soll sein notwendiges Geld nun nicht mehr von Deutschland, sondern von Amerika beziehen. Wie weit Poincaré mit diesem Vorstoß Glück hat, bleibt abzuwarten. Im Augenblick ist die Situation zweifellos unerfreulich.

Gottwert Ingram und sein Werk

Roman von Gustav Schröder.

[57]

Der schweigende Menschenhaufen ward zum aufgeregten Immenschwarm. Bloß so viel?

Nein, das war nicht richtig. Man mußte mehr kriegen, man gab doch — seine Heimat auf. Das war das Wort, das dem Schulzen ständig auf der Zunge gelegen, und das er absichtlich vermieden, aber es schrie nicht aus notgequältem Herzen, es sang kein frommes Kinderlied, es schlug nicht reine, tiefe Augen auf, es — klapperte mit dem Geldbeutel. Ingram schwieg, bis die erste Erregung verebbte. „Ueber die Größe der einzelnen Wirtschaften wird sich reden lassen," sprach er dann langsam. „Ich verlange jedenfalls für mich nicht mehr, als ich schon habe. Die Rödelsche Flur aber ist etwa hundertfünfzig Morgen größer als die unsrige. Es wird sich also über allerlei reden lassen." Er lenkte auf die Einspruchsmöglichkeiten über und schlug etliche Vorbehalte vor.

Sie betrafen die Ingelfischerei und die Flößerei. Auch den Bau einer Bahn bis nach dem neuen Oberingeln wollte er zur Bedingung gemacht wissen. Gut, die andern waren es zufrieden, weil der Schulze doch einmal so großen Wert auf die Bahn legte.

Nun sie am Ende waren, sagte einer der paar größeren Bauern. „Was hätten wir denn überhaupt machen wollen? Das ist doch lange alles fertig, und wenn wir nein gesagt hätten," er zuckte die Achseln, „dann wäre es eben über uns weggegangen. Das ist gerade so wie bei den Bahnbauten. Da kommt auch immer der am besten weg, der nimmt, was er kriegen kann und sich nicht auf einen Prozeß einläßt. Verlieren tut er ihn ja doch."

Man erörterte noch die Frage, wann der Bau wohl beginnen würde, und fand, daß, wenn die Sache noch in so weiter Ferne liege, die ganze Versammlung Zeit gehabt hätte. Keiner, außer zwei schlichten Frauen, stand, heimkehrend, wägend, sinnend, innerlich ringend vor seinem Hause. Jeder schimpfte auf die Unruhe, die kommen werde, und doch: In Rödel hat man es leichter; der Boden ist besser, man braucht zu allem nur die Hälfte Kraft und Zeit und kriegt schließlich doch etwas mehr Land. Ingram aber? . . . Nun, man kann ihm nichts nachsagen; er will ja nicht einmal mehr, als er jetzt hat, aber . . . er wird schon wissen, wo er bleibt. Umsonst rennt sich einer nicht die Beine halb weg, und für die Katze gibt er einen so schönen, alten Hof auch nicht her.

Als Ingram heimkehrte und Dore Heierle traf, lächelte er bitter. „Dore, nun haben wir Oberingeln begraben, und es ging verdammt leicht und fix. Leichter, als hernach der Umzug gehn wird. Die bitteren Stunden kommen noch."

Doktor Weigand kam spät abends wieder. Er war in Döllern gewesen. Dort hatte er erfahren, daß die Frage aufgetaucht wäre, ob der Ingel überhaupt als öffentliche Wasserstraße im Sinne des Gesetzes anzusehen sei. Die Klärung werde wieder allerhand Zeit brauchen.

„Das sind wir gewöhnt," sagte Ingram.

Außerdem habe die Aktiengesellschaft Müller & Co. auch noch eine Reihe sonstiger Einwände gemacht, und der Landrat hielt es für angebracht, nunmehr doch in ernstere Verhandlungen mit ihr einzutreten. Ingram schwieg. — —

*

Wieder war Weihnachten. Der kleine Gottwert Waldemar war da, er langte nach den Lichtern am Christbaum, der einzig seinetwegen geputzt war. Der Hall der Totenglocken aber lag allen noch im Ohre. Ingram war gegen Abend auf dem Gottesacker gewesen und still heimgekehrt. Niemand, auch Doktor Weigand nicht, wußte, wie vereinsamt der Mann war. Dore Heierle schien es noch am ehesten zu fühlen, wenigstens konnte man es aus der ganzen Art schließen, mit der sie dem Schulzen begegnete.

Frieda sah mit aufrichtiger Freude, wie sich Dore um den Vater mühte, aber sie empfand wirklich nicht, daß sie ihr mit einem guten Worte wohlgetan hätte. Auch am Weihnachtsabende von ihrer Seite kein wärmerer Ton. Die Frau saß wie in einem Gefängnis, wäre hundermal schon gern herausgewesen, und konnte doch nicht. Dabei war sie es, die dem Vater sagte, daß die Entlohnung Dores zu gering sei. Wiederum aber verstand sie den Vater nicht, als der bemerkte, eigentlich könnte man das Mädel überhaupt nicht bezahlen.

Johannes Siebert hatte Dore ein nettes, kleines Schmuckstück in die Hand drücken wollen; sie hatte ihn empört abgewiesen. Da sagte der Mann am andern Tage zu seiner Frau: „He, Frieda, ich habe ja ganz darauf vergessen! Guck, ich habe Dir noch eine Kleinigkeit mitgebracht."

Frieda blickte ihn überrascht an und sah verwundert auf die kleine Brosche. Lieber Gott, so etwas wollte ein Ingram — als solchen betrachtete sie ihren Mann — seiner Frau schenken! Entweder schenkte er gar nicht, oder er schenkte — wie ein Ingram.

Immer war Frieda ehrlich. „Johannes, Du hast es gut gemeint. Ich danke Dir und freue mich Deines guten Willens. Aber — tragen kann ich das nicht."

„Nanu! Nicht gut genug?"

„Nein, Johannes. Sei mir nicht böse. — Ich will Dir einen Vorschlag machen. Wir wollen es Dore schenken."

„Das ist niedlich. Meinetwegen."

Und das unselige Menschenkind, wieder ehrlich bis zur unbewußten Grausamkeit, trat vor Dore: „Willst Du das geschenkt nehmen, Dore? Mein Mann wollte es mir eben geben."

„Ich danke dafür." Dore Heierle war blutrot und bebte.

„Du willst es nicht? Warum nicht?"

„Was Dir nicht gut genug ist, das ist es mir auch nicht."

Das verschlug Frieda Ingram die Sprache. Sie ging entrüstet zu ihrem Vater und verlangte, daß er Dore kurzerhand aus dem Hause weise.

Ingram schüttelte den Kopf. „Bist Du denn übergeschnappt, Frieda?"

Da erzählte sie ihm, wieder ohne ein beschönigendes Wort, was vorlag. Der Vater sah sie an. „Und darum soll sie aus dem Hause? Sie hat es recht gemacht, Frieda."

Die junge Frau blickte ihren Vater entsetzt an. „Vater! Ja, aber, Vater! Das soll ich von Dore Heierle hinnehmen? — Was wollt Ihr denn überhaupt? Ich habe ihr ja doch gar nicht wehtun, sie gar nicht demütigen wollen."

„Du hast es aber getan."

Da lief Frieda in die Küche, nahm Dores Hand. „Dore, ich habe Dir nicht wehtun wollen."

„So," sagte Dore herb. „Kann sein. Aus Dir ist man ja niemals klug geworden. Laß es gut sein."

So klang das Weihnachtsfest mit einem Mißton aus.

Frieda und ihr Mann waren wieder hinauf nach Rödel gegangen.

Als der Kleine in seinem Bettchen lag, wollte Johannes Siebert zärtlich zu seiner Frau werden. Die wies ihn zurück.

„Was," sagte der Mann halb lachend, halb ärgerlich, „Du bist doch meine Frau!"

Frieda aber schlug die Augen voll zu ihm auf. „Und Du mein Mann; aber nicht der, den ich in Dir suchte."

Und Siebert, breitbeinig, die Hände in den Hosentaschen, vor ihr stehend: „Nicht? Ja, Liebchen, was willst Du denn noch mehr?"

(Fortsetzung folgt.)